



Politisch motivierte Gewalt erreicht neuen Höchststand

2025 wurden so viele politisch motivierte Straftaten registriert wie nie zuvor seit Einführung der Statistik 2001. Die Zahlen haben sich innerhalb der vergangenen zehn Jahre mehr als verdoppelt. Dies haben das Bundesministerium des Innern und für Heimat und das Bundeskriminalamt (BKA) am 09.06.2026 bekanntgegeben. Angestiegen sind vor allem linksmotivierte Straftaten. Etwa die Hälfte aller erfassten Delikte gehen jedoch weiterhin von rechten und rechtsextremen Tätern aus. Die Straftaten gegen Amts- und/oder Mandatsträger bleiben auf einem hohen Niveau. Die Straftaten gegen kommunale Amts- und Mandatsträger nehmen um 7,8 Prozent zu. Das BKA geht von einer hohen Dunkelziffer aus und belegt dies mit dem durch das BKA in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden durchgeführten Kommunalen Monitorings zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern. Auch die Hasskriminalität, vor allem im digitalen Raum, bleibt auf einem sehr hohen Niveau. Zudem gibt es einen deutlichen Anstieg hybrider Bedrohungen wie Spionage und Sabotage. Die Bundestagswahl gilt als wesentlicher Treiber der Fallzahlen.

Die wesentlichen Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Anstieg der Straftaten vor allem aufgrund linksmotivierter Straftaten/Höchststand an antisemitischen Straftaten

Der Anstieg der Gesamtstrafaten ist vor allem auf die Zunahme der registrierten linksmotivierten Straftaten – um über 35 Prozent – zurückzuführen. Trotz leicht rückläufiger Zahlen rechtmotivierter Straftaten machen solche etwa der Hälfte aller erfassten Straftaten aus und sind mit Abstand der fallzahlenstärkste Bereich. Politisch motivierte Gewaltdelikte sind auf dem höchsten Stand seit 2016. Auch antisemitische Straftaten erreichten 2025 erneut einen Höchststand. Insgesamt wurden 6.548 Delikte registriert, was einen ein Anstieg um 5 Prozent bedeutet. 47,2 Prozent der antisemitischen Straftaten stehen im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt.

Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger bleiben hoch und steigen im kommunalen Bereich an

Die Zahl der Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger insgesamt blieb trotz eines leichten Rückgangs (-4 Prozent) mit 5.797 Fällen auf hohem Niveau. Dagegen nehmen Straftaten gegen kommunale Amts- und Mandatsträger um 7,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr 2024 zu. Die aktuellen Ergebnisse des regelmäßig durch das BKA in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden durchgeführten Kommunalen Monitorings zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo) zeigen zudem ein erhebliches Dunkelfeld: Viele Betroffene berichten von persönlichen Anfeindungen, Bedrohungen und psychischen Belastungen. Rund ein Drittel der Befragten war innerhalb der vergangenen zwölf Monate von Anfeindungen betroffen. Nur ein kleiner Teil der Vorfälle wurde angezeigt. Die Sicherheitsbehörden warnen davor, dass Einschüchterung und Hass gegen kommunalpolitisch Engagierte langfristig demokratische Strukturen gefährden können.

Die Anzahl der Straftaten gegen die Polizei ist gegenüber dem Vorjahr um 4,7 Prozent gestiegen (2025: 5.144). Ca. ein Drittel dieser Delikte können dem Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität (PMK)-links zugerechnet werden. Auch hier zeigt sich ein deutlicher Anstieg bei den Gewaltdelikten.

Hasskriminalität: Soziale Medien zentraler Treiber von Hass, Hetze und Radikalisierung

Straftaten im Bereich der Hasskriminalität bleiben mit 22.159 Fällen auf einem hohen Niveau (2024: 21.773 Delikte). Hass, Hetze und Propaganda werden vielfach über Soziale Medien verbreitet. Knapp ein Drittel der registrierten Straftaten der Hasskriminalität wurde im Internet begangen. Verantwortlich für die hohen Fallzahlen im Bereich der Hasskriminalität ist die konstant hohe Zahl fremdenfeindlicher Straftaten. Der überwiegende Teil der Straftaten im Unterthemenfeld „Fremdenfeindlich“ (73,7 Prozent) ist dabei als rechtmotiviert zuzuordnen.

Dabei ist die Hasskriminalität insbesondere gegen queere Menschen und Frauen gestiegen. Mit einem Zuwachs um 46,8 Prozent erreichten gegen Frauen oder das weibliche Geschlecht gerichtete Straftaten einen neuen Höchstwert.

Hybride Bedrohungen nehmen deutlich zu

Aufgrund der geopolitischen Lage verschärft sich auch in Deutschland die Sicherheitslage durch hybride Bedrohungen zunehmend. Insbesondere Spionage und Sabotage als Erscheinungsformen der hybriden Bedrohungen – im real-weltlichen und digitalen Raum – sowie staatsterroristische Aktivitäten stellen eine wachsende Gefahr für Staat, Wirtschaft und kritische Infrastrukturen dar. Darüber hinaus haben auch weitere Erscheinungsformen von hybriden Bedrohungen ein erhebliches Gefährdungs- und Beeinflussungspotential. Dazu zählt insbesondere Desinformation durch absichtliche Verbreitung falscher, ungenauer oder irreführender Informationen, um Einzelpersonen, Gruppen oder die öffentliche Meinung als Ganzes zu beeinflussen. Ziel ist es dabei, den Meinungs- und Willensbildungsprozess der Gesellschaft im Sinne eines fremden Staates zu beeinflussen, das Vertrauen in demokratische Prozesse und Institutionen zu beschädigen oder auf staatliche Entscheidungs- und Funktionsträger einzuwirken.

Wachsende Gefahr durch Cyberspionage und Cybersabotage

Die Zahl der registrierten Delikte im Bereich Spionage stieg im Jahr 2025 drastisch an: Mit insgesamt 474 erfassten Fällen wurde gegenüber dem Vorjahr (72 Fälle) ein Anstieg von 558,3 Prozent verzeichnet. Trotz eines weiterhin hohen Dunkelfelds verdeutlichen diese Zahlen die deutlich zunehmende Bedrohungslage. Deutschland zählt aufgrund seiner zentralen Rolle innerhalb der EU, der NATO sowie der globalen Wirtschaft zu den wichtigsten Angriffszielen ausländischer Nachrichtendienste und staatlicher Akteure. Besonders betroffen sind Bereiche mit technologischer und wissenschaftlicher Führungsrolle.

Seit spätestens 2023 steht Deutschland verstärkt im Fokus staatlich gesteuerter Sabotageaktivitäten. Den Sicherheitsbehörden sind seitdem zahlreiche Vorfälle bekannt geworden, bei denen ein Zusammenhang mit ausländischen Akteuren – insbesondere im Kontext russischer Einflussnahme – geprüft wird.

Sicherheitsbehörden gehen zudem von einem erheblichen Dunkelfeld im Bereich vorbereitender Cybersabotagehandlungen aus.

(Cyber-)Sabotage richtet sich dabei vor allem gegen Behörden, Verkehrsbetriebe, Einrichtungen weiterer kritischer Infrastrukturen sowie militärische Einrichtungen.

Anmerkung:

Die amtlichen Fallzahlen politisch motivierter Gewalt sind aus kommunaler Sicht besorgniserregend. Sie bestätigen eine sich bereits seit vielen Jahren abzeichnende Entwicklung, die sich demokratiegefährdend auswirkt. Dies gilt insbesondere mit Blick auf den Anstieg von Straftaten gegen kommunale Amts- und Mandatsträger und weiteren staatlichen Repräsentanten, Hass, Hetze, Desinformationen und Radikalisierungen, insbesondere im digitalen Raum, sowie Cyberangriffen gegen Behörden und die kritischen Infrastrukturen. Hinzu kommt, dass in allen Bereichen von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen ist. Es ist erfreulich, dass das seit 2021 kontinuierlich mit dem BKA in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden durchgeführte „Kommunale Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern“ mit seinen Ergebnissen zu dem amtlichen Lagebild im Hinblick auf die Dunkelziffer beitragen kann.

Um diese Entwicklungen zu bekämpfen, ist vor allem ein starker Rechtsstaat gefordert, aber auch präventive Maßnahmen sind essenziell. Es sind bereits viele Maßnahmen von Bund und Ländern ergriffen worden. Dazu gehört etwa die Einrichtung der bundesweiten Ansprechstelle „Starke Stelle“, Ansprech- und Meldestellen in den Bundesländern sowie die Verbesserung des strafrechtlichen Rahmens. Das reicht jedoch noch nicht aus. Seit Jahren bewegen sich Angriffe auf haupt- und ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und -politiker sowie gegen kommunale Beschäftigte, Rettungs- und Feuerwehrkräfte auf einem hohen Niveau. Die Folgen für unsere Demokratie, die Kommunalpolitik und die Attraktivität der Ämter sind fatal.

Insbesondere müssen Straftaten in der Praxis konsequent verfolgt und geahndet werden. Ansonsten verlieren wir das Vertrauen der Betroffenen in diesen Rechtsstaat. Dafür benötigen wir mehr qualifiziertes und sensibilisiertes Personal bei der Polizei und Justiz. Zudem brauchen wir einen besseren Schutz vor digitaler Gewalt, insbesondere im Hinblick auf sexualisierte Gewalt, den Einsatz von KI und Desinformation. Wir sollten zudem die Anerkennung und den besonderen Wert des kommunalpolitischen Engagements durch mehr Aufklärung und Bildung stärker vermitteln.

Die kommunalen Spitzenverbände auf Bundes- und Landesebene setzen sich seit Jahren gemeinsam mit vielen starken Partnern beim Bund und bei den Ländern für den besseren Schutz der kommunal (-politisch) Engagierten, Ehrenamtlichen und der kommunalen Beschäftigten ein.

Die kommunalen Spitzenverbände betreiben ein eigenes Hilfs- und Unterstützungsportal für kommunale Amts- und Mandatstragende „Stark im Amt“, in dem auch alle Kontaktdaten und Unterstützungsangebote der Starke Stelle verlinkt sind. Aktuell bringt sich der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) mit den anderen kommunalen Spitzenverbänden zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des zivilrechtlichen und strafrechtlichen Schutzes vor digitaler Gewalt des Bundesministeriums für Justiz und für Verbraucherschutz (BMJ) aktiv ein.

Weitere Informationen:

Weitere Informationen zu den Fallzahlen politisch motivierter Kriminalität sind abrufbar unter: www.bka.de/pmk2025 und www.stark-im-amt.de .

(Quelle: DStGB-Aktuell 2426-19)

th-ru